

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 8 86846 ppbn d
Telefax: 21 05 84

Inhalt

Ingrid Matthäus-Maier
MdB und Wolfgang Roth
MdB zur Regierungserklä-
rung des neuen DDR-Mini-
sterpräsidenten: Ehrgeizi-
ges Programm der Regie-
rung de Maiziere.

Seite 1

Walter Knauer MdL zur
Notwendigkeit, die ost-
deutschen Bauern zu
schützen: Agrar-Lagerhäu-
ser in der DDR quellen
über.

Seite 3

Heinz Menzel MdB zur
Unverzichtbarkeit der hei-
mischen Steinkohle: Ener-
gie wird knapp und teuer.

Seite 4

45. Jahrgang / 76

20. April 1990

Ehrgeiziges Programm der Regierung de Maiziere

Zur Regierungserklärung des neuen DDR-Ministerpräsidenten

Von Ingrid Matthäus-Maier MdB und Wolfgang Roth MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Ministerpräsident Maiziere hat mit seiner Regierungserklärung ein ehrgeiziges Programm für die Wiederbelebung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der DDR vorgelegt. Das Regierungsprogramm gibt den Menschen in der DDR eine Perspektive für die Zukunft und Zuversicht, Reformen anzupacken. Die Politik der Koalition hat gute Aussichten, die DDR-Wirtschaft zu Wettbewerbsfähigkeit zu führen und den Menschen des Landes zu Wohlstand zu verhelfen.

Ehrgeizig ist das Programm der Regierung vor allem auf den Feldern Energieversorgung, Gewerbeförderung, Modernisierung der Infrastruktur und künftiger Finanzverfassung des Landes. Mit Augenmaß will die neue DDR-Regierung die anstehenden schwierigen eigentumsrechtlichen Fragen lösen. Bemerkenswert ist in der Regierungserklärung die Verbindung von marktwirtschaftlicher Ausrichtung und ökologischer Orientierung.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kunstleder Umschlag
aus recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



Die Regierungserklärung hat zugleich deutlich gemacht, welch schlimmes Erbe die Koalition in Ost-Berlin von der SED übernommen hat. Dieses Erbe fordert den Menschen in der DDR eine Aufbauarbeit ab, die beispiellos ist. Praktisch alle Handlungsfelder der Politik müssen funktionsfähig und effizient gemacht werden.

Umso dringlicher ist, daß die Bundesregierung sich zu einer offenliegenden, konsensfähigen und das ganze Parlament einschließenden Hilfeleistung entschließt. Jetzt hektisch anlaufende Ministerbesuche in Ost-Berlin ersetzen keine konkrete, nach Prioritäten geordnete Hilfe. Vor allem muß jetzt klar werden, was die DDR

1. zu erwarten hat, damit die DDR-Infrastruktur rundum modernisiert werden kann.
2. Welche Hilfen DDR-Betriebe bei der Vorbereitung auf Wettbewerb und Weltmarkt erwarten können.
3. Wie Löhne, Gehälter, Renten und betriebliche Verbindlichkeiten im Rahmen einer Währungsunion umgestellt werden.
4. Wie der Weg zur staatlichen Einheit in Deutschland mit der europäischen Einigung verzahnt wird.
5. Welche Anstrengungen unternommen werden müssen, damit die übrigen Länder des früheren Ostblocks jetzt nicht abgekoppelt werden. Dann über die Zukunft der beiden deutschen Staaten wird nicht zuletzt in Moskau entschieden.

Das Regierungsprogramm der Koalition in der DDR ist ein wegweisendes Zeugnis für den Willen zum Inneren und äußeren Frieden. Es enthält im übrigen die geistige Orientierung, die Regierungserklärungen in der Bundesrepublik seit dem Herbst 1982 fehlt. (-/20.4.1990/vo-ha/rs)

* * *

Agrar-Lagerhäuser in der DDR quellen über

Zur Notwendigkeit, die ostdeutschen Bauern zu schützen

Von Walter Knauer MdL
Agrar-Experte der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle ist gefordert, für die Landwirtschaft in der DDR Schutzmaßnahmen für einen überschaubaren Zeitraum zu schaffen, so wie sie die EG-Länder Portugal, Spanien oder Griechenland erfahren haben. Nur so kann die DDR in die EG integriert werden. Darauf muß Kiechle im Bundeskabinett und im EG-Ministerrat dringen.

Die Öffnung der deutschen Grenze hat für die DDR-Landwirtschaft schon jetzt schwerwiegende Folgen. DDR-Bauern klagen darüber, daß westliche Agrarprodukte wie Milch, Käse, Joghurt und Fleisch in die DDR exportiert werden. Die Folge ist: die Bauern in der DDR können ihre Produkte, die nicht dem westlichen Standard entsprechen, nicht mehr absetzen. Die Kühl- und Lagerhäuser quellen über. Manche Produkte sind dem Verderb preisgegeben.

Nachdem im industriellen Bereich der DDR mit einer hohen Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß, darf die halbwegs funktionierende DDR-Landwirtschaft nicht dem freien Spiel der Marktkräfte geopfert werden. Der überhöhte Arbeitskraftbesatz in der DDR-Landwirtschaft mit 16 Prozent der Gesamtbeschäftigten (Bundesrepublik fünf Prozent) kann nur langsam abgebaut werden. Agrarimporte aus dem Westen führen automatisch zu einem Kollaps der ohnedies angeschlagenen DDR-Landwirtschaft. Bei Abwanderung von Bauern droht in der DDR die Gefahr eines Landproletariats.

Kiechle muß dafür sorgen, daß die DDR-Landwirtschaft für ihre Produkte eine Absatzgarantie von mindestens fünf Jahren erhält. Die DDR-Landwirtschaft muß auch in den kommenden Jahren subventioniert werden, da sie im Wettbewerb mit der EG-Landwirtschaft vorerst keine Chance hat. Dies ist Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum in der DDR-Landwirtschaft zukünftig wieder gewährleistet ist.

Da eine ähnlich strukturierte Landwirtschaft wie in der Bundesrepublik in der DDR nicht zu erwarten ist, sollte ein Prozeß unterstützt werden, der zum einen die pflanzlichen und tierischen Produktionen wieder zusammenführt und zum anderen landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften auf überschaubare Größen kommen läßt. Dabei muß größter Wert auf umweltschonende Arbeitsweisen gelegt werden mit dem Ziel, gesunde Nahrungsmittel zu erzeugen.

(-/20.4.1990/va-he/rs)

* * *

Energie wird knapp und teurer

Zur Unverzichtbarkeit der heimischen Steinkohle

Von Heinz Menzel MdB

Nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts der Mikat-Kommission ist die Diskussion, welche Rolle die deutsche Steinkohle langfristig bei der Energieversorgung spielen soll, erneut aufgebrochen. Mit der Kommission sind sich alle nennenswerten politischen Kräfte darüber einig, daß die deutsche Steinkohle auch künftig, insbesondere bei der Stromerzeugung, einen Sicherheitssockel garantieren soll. Darüber, wie hoch der Anteil der deutschen Steinkohle an der Stromversorgung nach 1995 sein soll, gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Ein Teil ist der Ansicht, daß es auch nach 1995 bei der jetzt zur Verstromung eingesetzten Menge von circa 41 Millionen Tonnen jährlich bleiben soll. Die Kommission hat mit Mehrheit den Einsatz von 35 Millionen Tonnen jährlich für die Verstromung als ausreichend angesehen. Eine Minderheit der Kommission sieht es als ausreichend an, wenn die deutsche Steinkohle langfristig nur noch mit 25 Millionen Tonnen jährlich an der Stromerzeugung beteiligt wird. Es ist sicher zu kurz gegriffen, wenn man das Problem einer langfristig gesicherten Energieversorgung nur auf die nationalen Energiequellen bezieht und dabei die voraussichtliche internationale Entwicklung auf dem Energiemarkt außer acht läßt.

Einig sind sich alle Verantwortlichen, daß größte Anstrengungen unternommen werden müssen, um Energie einzusparen. Einigkeit besteht auch darüber, daß dabei den Industrienationen eine ganz besondere Verantwortung zukommt. Trotz aller Sparsbemühungen gehen aber alle Prognosen davon aus, daß künftig der Energiebedarf auf der Welt wachsen wird. Auch die EG-Kommission unterstellt bei ihrem Energieszenario, daß der Energieverbrauch von 1.508 auf 1.964 Millionen Tonnen in der EG (außerhalb der Bundesrepublik) anwachsen wird. Da die EG-Kommission die inländische Kohle aus Wettbewerbsgründen restriktiv behandeln will und die Öl- beziehungsweise Gasförderung in der EG bei zunehmendem Verbrauch rückläufig sein werden, ist von einem starken Anstieg der Energieimportabhängigkeit (von heute 43 auf rund 60 Prozent) auszugehen. Der von der Kommission unterstellte Anteil der Kernenergie wird dabei sehr optimistisch angesetzt.

Die Tatsache, daß auch in Frankreich die Kernenergie heute viel kritischer angesehen wird, und daß in Großbritannien ein Rückgang der Kernenergie zu erwarten ist, weil die Kernkraftwerke überaltert und der Kernkraftstrom nach einer Erhebung der britischen Stromgesellschaft National Power etwa dreimal so teuer ist wie der Kohlestrom, wird dabei außer acht gelassen.

Deutsche Steinkohle, Wasserkraft, Braunkohle und Kernenergie decken derzeit circa 85 Prozent der deutschen Stromversorgung ab. Nach dem heutigen Planungsstand muß man davon ausgehen, daß bis zum Jahre 2000 kaum neue Kraftwerke gebaut werden beziehungsweise ans Netz gehen. Das heißt, auch im Jahre 2000 wird die Stromversorgung in der Bundesrepublik aus den jetzt installierten Kraftwerken erfolgen. Nicht auszuschließen ist, daß einige Kernkraftwerke bis zum Jahre 2000 stillgelegt werden. Es ist davon auszugehen, daß bei einem stagnierenden Gesamtenergieverbrauch der Strombedarf weiter steigt. Man schätzt, daß bei einem Einsatz von 41 Millionen Tonnen SKE/a über 1995 hinaus im Jahr 2000 circa 40 TWh Strommehrbedarf entsteht, das entspricht einer Einsatzenergie von 13 Millionen Tonnen SKE.

Bei diesen Schätzungen ist die veränderte Situation, die sich durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ergibt, außer acht gelassen. Sowohl durch das dringend notwendige Abschalten der völlig veralteten Kernkraftanlagen, als auch das vom Netz nehmen der in keiner Weise auch nur annähernd modernen Vorstellungen entsprechenden Braunkohlekraftwerke (die Braunkohle

ist zu 85 Prozent an der Stromerzeugung in der DDR beteiligt), wird zu einer Stromlücke führen, die im wesentlichen von der Stromwirtschaft der Bundesrepublik geschlossen werden muß, da Neubauten in der DDR so schnell nicht errichtet werden können. Bei uns wird dies zu einer stärkeren Auslastung der vorhandenen Kraftwerkskapazität und damit verbunden zu einem höheren Energieeinsatz führen.

Nicht nur innerhalb der EG, sondern auch weltweit ist mit einem steigenden Energiebedarf zu rechnen. Hauptursache dafür ist das unaufhaltsame Wachsen der Weltbevölkerung. In 40 Jahren wird sie sich von heute 5,2 Milliarden auf rund zehn Milliarden im Jahre 2030 fast verdoppelt haben. Man geht davon aus, daß sich der Energiebedarf auf der Welt bis zum Jahre 2020 um etwa 50 bis 75 Prozent erhöhen wird. Dies wird selbst bei größten Anstrengungen, den Bedarf im größeren Umfang als bisher mit regenerativen Energien zu decken, zu einem hohen Einsatz von fossilen Energien führen. Innerhalb der fossilen Energien (Kohle, Öl und Gas) wird die Kohle dabei den größten Anteil übernehmen müssen. Sowohl aus Versorgungssicherheits- als auch Wettbewerbsgründen wird es dabei darauf ankommen, sich bei der Energieversorgung nicht von einem oder wenigen Energielieferanten abhängig zu machen.

Schon jetzt ist nach einer Phase der Energieniedrigpreise weltweit ein Ansteigen der Energiepreise zu verzeichnen. Festzustellen ist, sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für die EG-Länder, eine wieder stärkere Importabhängigkeit von den OPEC-Ländern. Aufgrund deren wieder stärker gewordene Rolle in der Ölversorgung wird schon die Frage, ob ein neuer Ölpreisschock drohe, aufgeworfen.

Angesichts dieser Entwicklung hat die Rolle, die die deutsche Steinkohle bei unserer Energieversorgung spielt, nicht nur versorgungssicherheitliche, sondern auch starke wirtschaftliche Aspekte.

Wie sehen die wirtschaftlichen Aspekte der inländischen Kohle aus?

Alle Importenergieträger, also Kohle, Gas und Öl, sind in ihrem Preis voneinander abhängig. Ihr Preis wird bestimmt durch den jeweiligen Erdölpreis.

Bekanntlich lagen die Weltenergiepreise in den letzten Jahren sehr tief. Ihnen gegenüber war und ist die deutsche Kohle wegen ihrer hohen Förderkosten zur Zeit nicht konkurrenzfähig. Der Einsatz deutscher Steinkohle wird deswegen durch Kohlehilfen gestützt. Obwohl die deutschen

Kohlepreise seit 1988 kaum gestiegen sind, erhöhten sich diese Hilfen von 1985 bis 1988 von 3,0 um 7,3 auf 10,3 Milliarden DM.

Im selben Zeitraum ging unsere Energieimportrechnung von 95 auf rund 35 Milliarden DM, also um rund 60 Milliarden DM zurück. Dieser Rückgang kam der Volkswirtschaft zugute und hatte einen wesentlichen Anteil an unserem Wirtschaftswachstum.

Seit 1989 ziehen die Weltenergiepreise wieder an. Dies hatte einen Anstieg der Energieimportrechnung um 4,5 Milliarden DM zur Folge. Durch die gestiegenen Weltenergiepreise gingen die Kohlehilfen um rund eine Milliarde DM zurück.

Diese Entwicklung setzt sich fort. Daraus folgt, daß sich der Abstand zwischen den Weltmarktpreisen und den Gestehungskosten für die heimische Kohle zunehmend verringert. Für die Entwicklung der Weltenergiepreise ist sowohl der gestiegene Energiebedarf als auch die Tatsache, daß viele Kohleexporteure in den wichtigsten Förderländern, wie Australien, USA, Südafrika und Kanada, nicht kostendeckend arbeiten, ursächlich. Die zur Zeit noch bestehende Preisdifferenz zwischen einheimischer Kohle und Importenergien wird weiter beträchtlich schrumpfen, ja, vielleicht ganz beseitigt werden.

Da Energiepolitik langfristig angelegt werden muß, sind diese Fakten bei energiepolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Sie zeigen, daß der Erhalt der einheimischen Förderung im jetzigen Umfang nicht nur aus Gründen der Versorgungssicherheit, sondern auch aus Wettbewerbsgründen von entscheidender Bedeutung ist. Es wäre falsch, energiepolitische Entscheidungen, die die Vernichtung von heimischen Förderkapazitäten zur Folge haben, da sie, wenn sie vollzogen sind, nicht mehr revidiert werden können, aus kurzfristigen Überlegungen heraus zu fällen.

Energie wird künftig nicht nur knapp, sondern auch erheblich teurer werden. Man wird davon ausgehen müssen, daß auf keine der vorhandenen konventionellen Energien für die Energieversorgung verzichtet werden kann, das heißt, daß auch Kohle für die Energieversorgung mittel- und langfristig dringend erforderlich ist.

(-/20.4.1990/vo-he/rs)

* * *